

Von Ehekrisen, Eigenständigkeiten, kleinen und großen Geistern

Gerade einmal sechs Wochen ist es her, dass Schul- und Sozialreferat eine im Stadtrat gefeilte „Liebesheirat“ eingingen: Mit großem Brimborium wurde damals im gemeinsamen Jugendhilfe- und Sozialausschuss eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, mit dem Ziel, zum Wohle der Jugendlichen künftig enger zusammenzuarbeiten. Stadträte aller Couleur überschlugen sich förmlich mit Lob für die „Traumhochzeit“ in ihren Beiträgen. Unausgesprochen, trotzdem irgendwie im Raume schwebend, blieb die Skepsis, ob diese Ehe die zweijährige „Testphase“ überstehen würde, die man im Vertrag vorsorglich gleich mit festgeschrieben hatte.

Nun kriselt es bereits zum ersten Mal in dieser Ehe. Schulreferent Dieter Wolz reagierte erbost auf einen NZ-Artikel über eine öffentliche Bildungs-Diskussion bei der SPD. Darin war Reiner Pröhl, Leiter des Stabes Familie im Sozialreferat und sozusagen Trauzeuge bei der Hochzeit, zitiert worden: Das Schulsystem sei ein „Auslaufmodell“, die Schüler würden außerhalb des Unterrichts viel mehr Kenntnisse erwerben, so dass man lieber größere Summen in außerschulische Lernorte stecken solle.

Wolz betrachtet solche Äußerungen als „Herabwürdigung unserer Schulen“. Er fordert Ingrid Mielenz auf, dafür zu sorgen, dass ihre engsten Mitarbeiter derartige Aussagen künftig unterlassen. Sie seien bei jeder Kenntnis der Arbeit und der pädagogischen Entwicklung an den Schulen.

Die ihm „Angetraute“ indes wundert sich: Wolz habe zwar alle möglichen Schulleiter und Elternvertreter in schriftlicher Form von seinem Ärger wissen lassen, nicht aber sie oder den Sündenbock Pröhl selbst. Ein „komischer Stil“ sei das schön, sie stehe jedoch „über den Dingen“. Auch wenn sich das alles nicht nach der ganz großen Liebe anhört – die Ehe sei (zumindest noch) nicht gefährdet. uwo

Der heutige Stadtteil Buch hat seine Eigenständigkeit nicht erst in den fünfziger Jahren eingebüßt, sondern bereits erheblich früher. Darauf weist Georg Ziegler, der Enkel des letzten Bürgermeisters Georg Ziegler, in einem Scheiben an die NZ hin. Die NZ hat im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums der Knoblauchsländer Karnevalsgesellschaft „Buchnesia“ auch über das Vereinsleben in dem ehemals eigenständigen Ort berichtet. Nach des Enkels Angaben hat Buch die Eigenständigkeit bereits 1924 abgegeben. Den Verwaltungsakt vollzogen der letzte Bucher Bürgermeister Georg Ziegler und Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Hermann Luppe in den wirtschaftlich schweren Jahren nach dem Ers-



ten Weltkrieg. Wir bitten für diese Fehlinformation um Entschuldigung. zic

Der Stadt Nürnberg geht es – einige werden sich noch erinnern – nicht erst seit vorgestern schlecht. Gesprächsweise wurde da von Kämmerern und Ex-Kämmerern auch schon mal diskutiert, ob nicht eine Maut an der Stadtgrenze die Ungerechtigkeit beseitigen könnte, dass Leute vergleichsweise billig in der eigenen Speckgürtel-Villa hausen, hier die Straßen verstopfen und sich den Theaterbesuch subventionieren lassen, ohne eine Gegenleistung zu bringen. Jetzt hat der Stadtrat der „Guten“, Stephan Grosse-Grollmann, einen in ähnliche Richtung zielenden, vergleichsweise aber harmlosen Vorschlag gemacht. Er wollte

eine NorisCard einführen, die jeder ob der vielfältigen Sparmaßnahmen mehr oder weniger gebeutelte Nürnberger bekommt und mit der er städtische Einrichtungen, wie Bäder, Oper oder Museen zum bisherigen Tarif besuchen kann. Wer dagegen keine NorisCard hat, der muss den Preis zahlen, der ohne städtische Zuschüsse notwendig wäre oder zumindest einiges mehr.

Hört sich zunächst nicht dumm an. Einzuwenden wäre vielleicht, dass man dann noch eine weitere Karte mit sich rumschleppen muss. Von Oberbürgermeister Ulrich Maly wurde der Vorschlag allerdings mit dem Argument abgebugelt, dass „jeder Weg, der eine Unterscheidung zwischen Nürnbergern und Auswärtigen macht, nicht frei von Kleingeistigkeit ist“. vlp

Nicht unbedingt innerstädtischer Großgeistigkeit zuzuschreiben ist es, dass ein anderer „guter“ Sparvorschlag in der Haushaltsdebatte zurückgestellt werden musste. Dem hoch bezahlten Sachverständigen auf der Regierungsbank fehlte nämlich schlicht die Ahnung, worum es geht. Guten-Stadtrat Grosse-Grollmann hatte angeregt, statt 12 000 Euro für ein Content-Management-System auszugeben, lieber auf eine Free-ware-Lösung zurückzugreifen und das Geld einzusparen. In einem Computer-Fachblatt war nämlich unlängst gemeldet worden, dass die kostenlosen Softwareangebote auch nicht schlechter sind.

Hilfe suchend wandte sich der Oberbürgermeister ob dieses Vorschlags an seinen, eigentlich für die städtischen Computer zuständigen, Personalreferenten. Der zog nur die Schultern bis zu den Ohren: Content-Management, noch nie gehört! Vielleicht hat die Stadt ja nicht zu viel Personal, sondern nur das falsche. Jedenfalls gäbe es jede Menge fähige 15-Jährige, die hier weiterhelfen könnten. Allerdings fehlt denen wohl der Dokortitel. vlp